



KRISE: EINFACHE LEUTE BÜSSEN FÜR FEHLER DER BANKEN Förderung für Banken wächst

Während der Sozialminister die Mittel für eine Befestigung des Arbeitsmarkts aus dem laufenden Budget finanzieren muss, werden die Banken zusätzliche Milliarden vom Staat in Anspruch nehmen.

Aus dem guten Geschäft, das Alfred Gusenbauer im Zusammenhang mit dem Bankenpaket der Regierung für den Bund in Aussicht gestellt hat, dürfte zumindest vorläufig nichts werden. Analysten sind der Meinung, dass die bereitgestellten 15 Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Finanzinstitute zu wenig sind. Ursache: Kreditausfälle in der Höhe von 42 Milliarden Euro, mit denen österreichische Banken in Osteuropa zu kämpfen haben.

Derzeit stehen die meisten heimischen Banken bereits massiv in der Kreide bei der

Banken-ÖIAG, die vom ehemaligen Nationalbankpräsident Klaus Liebscher geleitet wird: Die Erste Bank mit 2 Milliarden, die RZB mit 1,75 Milliarden, die Volksbanken mit 1 Milliarde, die Hypo Alpe Adria mit 900 Millionen und die Bawag mit 550 Millionen. Lediglich die Bank Austria (zur italienischen UniCredit gehörend) verhandelt noch mit dem Finanzministerium.

Dazu kommt die Belastung des Staatshaushaltes durch die Verstaatlichung der Kommunalkredit-Bank. Nach einer für das Überleben des Instituts erforderlichen Bundesbürgschaft über 1,2 Milliarden Euro werden 250 Millionen Euro Eigenkapital zugeschossen, um weiter eine Finanzierung für Gemeinden zu gewährleisten. Eine Einstellung der Geschäftstätigkeit komme laut Kommunalkredit-Generaldirektor Alois Steinbichler im Moment nicht

in Frage. Sie würde den Bund 3,7 Milliarden Euro kosten.

Beobachter halten es für extrem unwahrscheinlich, dass an den – durch stille Beteiligungen an den Instituten abgesicherten – Bund tatsächlich mehr als 9 Prozent Zinsen pro Jahr fließen werden. Angesichts des aktuellen Zinsniveaus handelt es sich dabei um eine extrem hohe Rate, die unter der Voraussetzung schwer zu finanzieren sei, dass den Betrieben günstige Kredite eingeräumt werden. Die Banken müssten erst recht wieder wie wild spekulieren, um entsprechende Einnahmen zu erzielen. *Lutz Holzinger*



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Lobby für Beschäftigte

Erstmals seit langer Zeit ist allen klar, dass in nächster Zeit die Wirtschaft schrumpft. Damit wurden die Beteuerungen aller, die uns stets einredeten, dass der freie Markt alles regeln würde und es immer weiter bergauf gehe, von der Realität eingeholt.

Zwangsläufig muss der Staat die Folgen der Krise mit diversen sozialen Maßnahmen abfangen. Aber wie weitsichtig sind diese? Innerhalb weniger Wochen haben wir bereits die dritte Variante eines Kurzarbeitsmodells. Kurzarbeit hin oder her – mit Kurzarbeitslösungen allein wird man dem Problem nicht beikommen. Vielmehr braucht es sinnvolle Beschäftigungsprogramme der öffentlichen Hand, z.B. in der Bauwirtschaft, die als Vorreiter wirken sollten.

Und dann müssen beschäftigungspolitische Maßnahmen auch finanziert werden. Selbst wenn es jetzt schon wieder Kreise gibt, die uns das Ende der Krise prophezeien, muss uns klar sein, dass wir die Rechnung dafür erst präsentiert bekommen. In diversen Budgetvorschauen ist auch schon angeklungen, was an Defiziten zu erwarten ist.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Schuldenlast den kleinen Leuten aufgebürdet wird.

Um das zu verhindern, bedarf es einer starken Lobby für Arbeitende und eines Programms, das die Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten sieht und nicht aus jener der Konzerne, deren Sorge sich darum dreht, wie sie Gewinne international verschieben bzw. Verluste der Allgemeinheit zur Last legen können.